

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 17/2024 vom 25.04.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Michał Szuldrzyński: Skepsis der Polen gegenüber der Union. Die Wirkung der Zählung einer geopolitischen Katastrophe*
- *Jerzy Buzek: Polen als Zünglein an der Waage. Das ist das neue Modewort in der EU*
- *Donald Tusk: Polen ist in einer schwierigeren Situation, als es sein könnte*
- *Israel hat uns gezeigt, wie man den polnischen Himmel verteidigt*
- *Michalik: Politiker, deine Religion verbietet dir unterschiedliche Dinge, aber nicht mir. Lern das auswendig*
- *Das Gespenst des Krieges schwebt über Europa*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Michał Szuldrzyński: Skepsis der Polen gegenüber der Union. Die Wirkung der Zählung einer geopolitischen Katastrophe



Quelle: rp.pl

Die acht Jahre der PiS-Regierung, die sich in dieser Zeit permanent im Krieg mit Brüssel befand, haben zu einem Anstieg der Anti-EU-Stimmung unter den rechten Wählern geführt. Und obwohl die Unterstützung für die Europäische Union in Polen immer noch über dem europäischen Durchschnitt liegt, ist sie nur noch oberflächlich. Ein Poxxit ist heute nicht mehr auszuschließen.

Ein Kommentar von **Michał Szuldrzyński**

Die jüngste Ausgabe des Eurobarometers, einer Meinungsumfrage, die im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament in allen Mitgliedstaaten durchgeführt wurde, zeigt, wie stark sich die Mitgliedstaaten in ihrer Einschätzung der Prioritäten unterscheiden. In den letzten zwei Jahren ist der Prozentsatz der Europäer, die den Kampf gegen die globale Erwärmung für das wichtigste Ziel der Gemeinschaft halten, um 10 Prozentpunkte gesunken (nur noch 29 Prozent der Befragten halten ihn für sehr wichtig). Und nur in einem Land hat die grüne Politik Priorität - in Schweden.

Für welche Nationen ist die Sicherheit am wichtigsten?

Für Polen, Finnern, Litauer, Letten, Esten, aber auch Tschechen, Deutsche und Niederländer dürften Verteidigungs- und Sicherheitsfragen das wichtigste Thema im kommenden EP-Wahlkampf sein. Für Griechen, Spanier oder Ungarn sollte sich die Diskussion um das Gesundheitswesen drehen, während Portugiesen, Kroaten und Rumänen beispielsweise über den wirtschaftlichen Aufschwung und die Schaffung von Arbeitsplätzen sprechen wollen. Dies ist ein Zeichen der Zeit.

Es gibt jedoch auch weniger beruhigende Ergebnisse des Eurobarometers. Jahrelang gehörten die Polen zu den proeuropäischsten Nationen in der EU. Heute liegen wir auf Platz 11, mit 51 Prozent, die die EU für eine gute Sache halten, was 4 Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt liegt (11 Prozent der Polen sind der gegenteiligen Meinung).

Umfragen zeigen, dass die Euro-Begeisterung der Polen nachlässt

Dies ist eine weitere Umfrage dieser Art. In einer kürzlich durchgeführten IBRIS-Umfrage für die „Rzeczpospolita“ gaben 53 % der Befragten an, dass die Vorteile der Mitgliedschaft ihre Nachteile überwiegen. Gleichzeitig beklagten wir, dass die EU „uns ihre Gesetze aufzwingt“ (34 % der Antworten) und die Länder ungleich behandelt (31 %).

Betrachtet man die Wähler der PiS und der Konföderation, fallen die Antworten noch negativer aus. Nur 18 Prozent der Anhänger der Partei von Jarosław Kaczyński und knapp 7 Prozent der Partei von Krzysztof Bosak sind überzeugt, dass die Vorteile die Nachteile der EU überwiegen. 48 Prozent der Wähler der Konföderation glauben, dass sich die Vor- und Nachteile die Waage halten, bei der PiS sind es 45 Prozent (der Durchschnitt aller Gruppen liegt bei 24 Prozent). Wenn es keine Vorteile gibt, warum sollte man dann Mitglied der Union sein? - kann eine solche Frage auf der rechten Seite gestellt werden.

Das Szenario eines Poxits, einer geopolitischen Katastrophe für Polen, ist nicht mehr unrealistisch

Was bedeutet das? Es gibt drei Schlussfolgerungen. Jede davon ist beunruhigend. Erstens: Polen hört auf, eines der pro-europäischsten Länder der Union zu sein. Etwas, das in den letzten zwei Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit zu sein schien - eine Orientierung an den europäischen Strukturen, die uns dorthin gebracht haben, wo wir heute sind - ist nicht mehr erkennbar. Zweitens: Obwohl die Polen über dem europäischen Durchschnitt liegen, ist diese Haltung eher oberflächlich. Wenn man genauer hinsieht, in die Details geht, hört sie auf, eine dauerhafte und mehrheitliche Haltung zu sein.

Und schließlich - drittens - können wir die Auswirkungen der antieuropäischen Rhetorik der Regierung der Vereinigten Rechten der letzten acht Jahre erkennen. Zwei Amtszeiten, in denen die Europäische Union verunglimpft und als Eindringling, Einmischer und Feind unserer Souveränität dargestellt wurde, haben dazu geführt, dass die PiS-Wähler eine starke Anti-EU-Stimmung entwickelt haben. Das bedeutet, dass die Gefahr einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Förderung von Abneigung oder sogar Feindseligkeit gegenüber der Union real ist.

Und wenn jemand will, kann er - inspiriert z.B. vom Osten - einen Anti-EU-Sturm entfesseln und eine Menge geopolitischer Turbulenzen verursachen. Und die können wir im Moment am wenigsten gebrauchen.

Wie wir kürzlich berichteten, haben sich bereits drei Komitees mit dem Wort „Poxit“ in ihrem Namen für die kommenden Wahlen angemeldet. Im Moment handelt es sich um eine politische Randgruppe, aber je mehr die Rechte die antieuropäische Stimmung anheizt, desto größer wird die Gefahr eines Austritts aus der Union. So widmete eine rechte Wochenzeitung in ihrer letzten Ausgabe ein Dutzend Texte, um zu beweisen, dass die EU schrecklich ist und verlassen werden sollte. Und so werden die Polen an ein Szenario gewöhnt, das eine geopolitische Katastrophe wäre.

Zsfg.: AV

<https://www.rp.pl/komentarze/art40188401-michal-szuldrzynski-polacy-sceptyczni-wobec-unii-to-efekt-oswajania-z-geopolityczna-katastrofa>



www.mleczko.pl

EINEN MOMENT LANG DACHTE ICH,
DASS ES DOCH KEIN ATTENTAT [IN SMOLENSK] WAR,
ABER DANN STELLTE SICH HERAUS,
DASS ICH DIE TABLETTEN VERWECHSELT HATTE

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Jerzy Buzek: Polen als Zünglein an der Waage. Das ist das neue Modewort in der EU



Jerzy Buzek

Quelle: pap.pl

„Die EU ist heute die Antwort auf die großen Bedrohungen, mit denen die Europäer konfrontiert sind. Die polnische Ratspräsidentschaft im Jahr 2025 wird das Handeln der Europäischen Union in den kommenden Jahren bestimmen“, sagte der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, während der von PAP organisierten Konferenz „20 Jahre Polen in der EU“.

Der frühere Premierminister erinnerte daran, dass beim Beitritt unseres Landes zur NATO vor 25 Jahren bekannt war, dass es um Sicherheit ging. **Die Europäische Union bedeute dagegen: Wirtschaft, Entwicklung und bestimmte Gemeinschaftsaktivitäten.** Seiner Meinung nach hat sich diese „sehr starke Trennung“ in den letzten 20 Jahren geändert.

Der Politiker wies darauf hin, dass das Nordatlantische Bündnis im Laufe der Jahre „verschiedene schwierige Momente“ durchlebt habe, aber nach Russlands Aggression gegen die Ukraine kehre die NATO „zu diesem Weg zurück, bei einer Bedrohung sehr fest zur gegenseitigen Unterstützung zu stehen“. „Sie kehrt zu dem zurück, was sie vor 20, 25 Jahren war, denn es gab eine Zeit des Zögerns, obwohl Polen immer davor gewarnt hat, Russland sich zu stark annähern und in der Beziehung zu weich zu werden“, betonte Buzek.

Er stellte fest, dass auch **die Europäische Union Erfahrungen gemacht hat, die sie verändert haben. Zu den Faktoren, die dies bewirkt haben, zählte er die Migration, die COVID-19-Pandemie, den Krieg in der Ukraine, die Frage der Lebensmittel und die gemeinsame Agrarpolitik.** „Die EU, die für wirtschaftliche Zwecke, für die Entwicklung war, hat plötzlich begonnen, auf Bedrohungen für die Europäer zu reagieren“, betonte Buzek.

„Die Union ist heute die Antwort nicht nur auf unser Wirtschaftswachstum, sondern auch auf die großen Bedrohungen für die Europäer, und das ist es, was uns in der nächsten Wahlperiode erwartet. Wir müssen darauf reagieren, denn Polen hat die EU-Präsidentschaft als erstes Land, das mit der neuen Europäischen Kommission und dem neuen Parlament zusammenarbeiten wird“, erinnerte er. Unser Land wird die Präsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2025 innehaben.

Laut Buzek wird die polnische Präsidentschaft die Aktionen der Gemeinschaft für die nächsten fünf oder sieben Jahre bestimmen. „Wir erwarten, dass das, was wir für die Präsidentschaft formulieren, die Grundlage für das Handeln der Union sein wird. Davon bin ich überzeugt. Dies ist auch die Überzeugung im Europäischen Parlament“, betonte er.

Laut Buzek spricht EP-Präsidentin Roberta Metsola **„sehr ernsthaft über Polen als ein solches ‚Zünglein an der Waage‘ für eine Reihe von Themen, darunter die Wiederbelebung der Rüstungsindustrie und die Schaffung einer Verteidigungsunion“**. **„Dies ist ein neuer Slogan, der in der EU übernommen wird“**, fügte er hinzu. Buzek betonte, dass Polens Stimme in der Europäischen Union gehört wird.

Pełczyńska-Nałęcz: Wir müssen unsere Interessen definieren, um dann in der EU für sie zu kämpfen
Die Herausforderung für Polen in den kommenden Jahren besteht darin, seine eigenen Interessen zu definieren, um in der Europäischen Union wirksam für sie zu kämpfen, schätzte die Ministerin für Fonds und Regionalpolitik Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz während der von PAP organisierten Konferenz „Polens 20 Jahre in der EU“ ein.

Laut der Ministerin **„Die zentrale Herausforderung für Polen, die darüber entscheidet, ob die nächsten 20 Jahre in der Union ein Erfolg werden, ist, ob wir in der Lage sein werden, die Frage der polnischen Entwicklungsprioritäten zu beantworten, wie z. B. die Industriepolitik oder die Richtung der Unterstützung des Unternehmertums“** „Wir müssen wissen, was wir wollen“, betonte Pełczyńska-Nałęcz.

Sie ist der Ansicht, dass **wenn Polen seine eigenen Interessen auf der Grundlage von Entwicklungsprioritäten identifizieren kann, wird es in der Lage sein, innerhalb der EU für diese zu kämpfen**. „Denn der Kampf für die eigenen Interessen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten findet ständig statt“, sagte sie.

Die Fondsministerin bewertete, dass Polen in 20 Jahren EU-Mitgliedschaft viel erreicht habe, da sich das BIP in dieser Zeit verdoppelt habe. Sie wies jedoch auch auf die Herausforderungen hin, die noch zu lösen sind. Sie erwähnte u. a. die Verringerung der Entwicklungsunterschiede innerhalb des Landes bei gleichbleibenden Wachstumsraten, die Aufholung von Defiziten bei der Innovation und im Energiebereich. Pełczyńska-Nałęcz zufolge ist die **Energiewende nicht deswegen notwendig, weil jemand sie sich ausgedacht hat, sondern um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten**.

Stellvertretender Außenminister: Polens Bestreben sollte sein, an den Veränderungen in der EU teilzunehmen

„Wir treten in eine Phase der kooperativen Führung in der Europäischen Union ein. Polens Bestreben sollte es sein, an diesen Veränderungen teilzuhaben, damit sie zu unseren Gunsten ausfallen“, sagte der stellvertretende Außenminister Marek Prawda auf der Konferenz.

Prawda zufolge **wurde Polen in den letzten zwei Jahrzehnten in der EU als Bindeglied zwischen denjenigen, die in der Eurozone sind, und denjenigen, die nicht dazugehören, zwischen den Armen und den Reichen, betrachtet**. Und daraus, so betonte er, haben wir eine gewisse Prämie gezogen. „Das hat uns eine gewisse Position verschafft, die vielleicht ein bisschen über unsere wirklichen Stärken hinausging“, so der stellvertretende Außenminister.

„Wenn es sogar vorkam, dass Polen bestimmte Richtlinien nicht umsetzte, wollte niemand dem Land schaden, denn es gab eine Notwendigkeit für diese Verbindung, d. h., jeder hatte ein Interesse daran, dass Polen Erfolg hat“, sagte der stellvertretende Minister. „Eine solche Position Polens kann man als ‚polnische Unverzichtbarkeit‘ bezeichnen“, sagte er.

„Wenn ein Land von einer Koalition des Aufbaus zu einer Koalition des Kaputtmachens übergeht, wird es überflüssig, es wird von niemandem mehr gebraucht, und dann kann es weniger erwarten, es kann weniger für sich selbst fordern“, bemerkte Prawda. Er betonte, dass **Polen nun vor der Herausforderung stehe**, „eine neue polnische Unverzichtbarkeit in der EU zu definieren, bei der es nicht mehr nur darum geht, die Gräben zuzuschütten“.

„Die EU wird von einer Fabrik der Regeln immer mehr zu einer Schicksalsgemeinschaft. Wir mussten also unser Denken über uns selbst in der EU und unser Denken über die Welt revidieren, das heißt, es reicht nicht mehr aus, kollektives Glück zu verwalten. Es reicht nicht aus, die EU als ein Versprechen zu haben, als eine Art ‚Autobahn zum Glück‘“, sagte Prawda. Er wies darauf hin, dass **„die Notwendigkeit entstanden ist, auf ein unerwartetes und äußeres Ereignis zu reagieren“**.

„Der Frieden in Europa hängt nicht mehr davon ab, wie wir uns arrangieren, sondern davon, was außerhalb Europas passiert. (...) Das ist das Element, das über die Position Polens entscheidet“, schätzte der stellvertretende Leiter des Außenministeriums ein. Er räumte ein, dass die neue internationale Situation in Europa zu einem Element der Politik in der EU geführt hat und dass die Rüstung wieder wichtig geworden ist.

„Die EU muss heute nach außen stark sein, während sie nach innen flexibel und vorsichtig sein muss, um die Menschen nicht durch zu ehrgeizige Erwartungen zu verlieren“, so der stellvertretende Minister. „Der östliche Faktor wird zu einem wesentlichen Bestandteil der Identität Europas als Ganzes“, sagte Prawda. Er wies darauf hin, dass „das östliche Know-how zu einem unverzichtbaren Element wird, um effektiv zu sein“.

Er schätzte ein, dass „wir in eine Phase der kooperativen Führung eintreten“. „Es reicht nicht mehr aus, dass sich die beiden wichtigsten Staats- und Regierungschefs (Deutschland und Frankreich) auf etwas einigen und alle sich daran halten“, sagte Prawda. „Früher konnte man sagen, dass das Weimarer Dreieck ein Ritual war, dass es nur so ein Nebenaspekt der deutsch-französischen Beziehungen war. Heute hingegen nimmt das Weimarer Dreieck den Charakter einer eigenständigen Einheit an, die Lösungen für die EU vorschlagen muss.“, betonte der stellvertretende Minister.

Er wies darauf hin, dass **„Polens Berufung nicht darin bestehen kann, die Methoden der Blockademechanismen in der EU zu verbessern und aus Angst zu sterben, dass uns jemand eine Union antut, die uns nicht gefällt“**. **„Unsere Berufung, unser Bestreben sollte es sein, an dieser Veränderung der EU teilzunehmen, damit sie uns gefällt und den modernen Sinn des Zusammenseins umsetzt“**, bewertete Prawda.

Er räumte ein, dass Polen es in den vergangenen 20 Jahren versäumt habe, „ein Subventionssystem zu nutzen, das der Modernisierung der Landwirtschaft und den ökologischen Reformen nicht ausreichend förderlich war“.

Er schätzte ein, dass **Polen mit der Überwindung der von uns selbst errichteten Hindernisse, d. h. „einem sinnlosen Kampf mit der EU um die Selbstverwaltung, nicht gedient war, weil den Polen Milliarden entzogen wurden, und man nannte dies eine heldenhafte Verteidigung der Souveränität“**.

[...]

Autorinnen: **Magdalena Gronek, Aleksandra Kuźniar**

Zsfg.: JP

<https://www.pap.pl/aktualnosci/jerzy-buzek-polska-jezyczkiem-u-wagi-jest-nowe-haslo-ktore-przyjmuje-sie-w-ue>

Donald Tusk: Polen ist in einer schwierigeren Situation, als es sein könnte



Quelle: wyborcza.pl

Von **Jakub Łukaszewski** und **Tomasz Jakubowski**

Premierminister Donald Tusk lud unter anderem den Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros, Jack Siewiera, und die höchsten Generäle des Landes zu einer „ungewöhnlichen“ Kabinettsitzung ein.

[...]

„Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sich Polen in einer schwierigeren Situation befindet, als es sein könnte. Heute zahlen wir einen schrecklichen Preis für das, was zu Beginn der PiS-Regierung geschah. Das war, als Herr Macierewicz das Verteidigungsministerium leitete. Im Jahr 2015, gegen Ende unserer Regierungen, wurde eine Entscheidung über den Kauf von Patriot-Systemen getroffen. Sie wurde von PiS-Minister Antoni Macierewicz in Frage gestellt. Dann wurde sie von Minister Blaszczyk akzeptiert, aber es dauerte lange, lange Jahre. Dasselbe geschah mit den Drohnen. Antoni Macierewicz annullierte die Ausschreibung. Die meisten der späteren Käufe sind das Ergebnis der von der PiS verfolgten Strategie, aber es war nicht einmal eine Strategie, sondern die Panik, in die die PiS nach Ausbruch des Krieges verfiel“, so der Ministerpräsident.

Tusk: Wir werden beim European Sky Shield zusammenarbeiten

„Unsere Aufgabe ist es heute, jede Gelegenheit, jeden Verbündeten und jede Einrichtung zu nutzen, um den polnischen Luftraum so aufzurüsten, dass Polen sicher ist“, sagte Premierminister Tusk. Er betonte, dass das Ziel darin bestehe, einen Schutzschild zu errichten, der so wirksam sei wie derjenige, der heute

Israel schütze, so dass „wir nicht so bedroht sind wie die Ukraine“, aber, so betonte er, „das ist kurzfristig nicht möglich“.

„Ich möchte alle beruhigen. Wie Sie bemerkt haben, spreche ich in diesen Wochen sehr viel mit den Damen und Herren Präsidenten und Premierministern. Wir arbeiten sehr eng mit ihnen zusammen, wenn es um unsere Luftverteidigungskapazitäten geht, und ich spreche darüber, wie wir dieses zersplitterte Europa auch bei der Verteidigung unseres Himmels integrierter machen können. Damit diese Systeme nicht konkurrieren“, betonte der Premierminister.

„Deshalb werden wir auch bei der Initiative European Sky Shield [ESS] mitarbeiten, und es stört mich überhaupt nicht, dass der Hauptinitiator dieser Initiative Deutschland war“, sagte Donald Tusk auf einer Pressekonferenz in der Kanzlei des Ministerpräsidenten.

Herr Siewiera vom Nationalen Sicherheitsbüro sowie die Generäle bestätigten in einem Interview, dass „es schade ist, dass es vorher keine Zusammenarbeit innerhalb des ESS gab“, fügte er hinzu.

„Ich appelliere heute an alle, ausnahmslos, nicht auf die eigenen Interessen, die eigenen Karrieren zu schauen und keine Partei oder ihre individuellen Vorstellungen zu bevorzugen, wenn es um Sicherheit geht. Hier müssen wir absolut solidarisch sein und auch geschlossen hinter unseren Soldaten stehen und da dürfen keine politischen Sympathien eine Rolle spielen und es ist extrem wichtig, diese Atmosphäre um ein positives Polen herum aufzubauen“, betonte der Ministerpräsident.

Tusk: Polens Sicherheit im Kontext eines wachsenden Konflikts

Bei der Eröffnung der Kabinettsitzung am Dienstag bezeichnete Donald Tusk diese als „untypisch“. Der Premierminister wies darauf hin, dass der erste Teil unter anderem dem wachsenden Konflikt im Nahen Osten gewidmet war. Aus diesem Grund wurden der Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros Jacek Siewiera, der Generalstabschef der polnischen Streitkräfte General Wiesław Kukula und der Operative Befehlshaber der Streitkräfte General Maciej Klisz eingeladen.

„Die Situation im Nahen Osten betrifft unsere Soldaten unmittelbar. Sie sind an UN-Kontingenten im Libanon und im Irak beteiligt. Das ist Grund genug, um sich heute ausführlich über ihre Lage zu informieren. Aber der breitere Kontext ist genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, nämlich die Sicherheit Polens im Kontext des wachsenden Konflikts. Ich werde geladene Gäste bitten, diese Situation zu bewerten“, sagte Premierminister Tusk bei der Ankündigung der Kabinettsitzung.

Siewiera: Es wird keine radarfreie Kuppel in Polen geben

Auch der Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros, Jack Siewiera, hat heute an dem Teil der Regierungssitzung teilgenommen, der dem wachsenden Konflikt im Nahen Osten gewidmet war.

Der Beamte sagte, dass „es im Moment keine direkte Bedrohung für Polens Sicherheit gibt. Andererseits ist dies zweifellos eine Zeit, in der viele Initiativen ergriffen werden, und es gibt auch eine erhebliche Intensivierung auf der anderen Seite des Atlantiks im Zusammenhang mit dem Unterstützungspaket für die Ukraine“, bemerkte er. Er betonte, dass der bald beginnende Besuch des Präsidenten in den USA darauf abzielt, „die Vertreter der Länder auf Seiten der UNO sowie die Vertreter der US-Regierung mit unterschiedlichem Hintergrund, darunter auch die der USA, davon zu überzeugen, Kiew weiter zu unterstützen“.

Siewiera wurde auch nach der European Sky Shield Formel gefragt. Der Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros wurde zu diesem Projekt im Zusammenhang mit der Erklärung von Präsident Andrzej Duda vom Dienstag befragt, der darauf hinwies, dass es sich um ein „deutsches Business Projekt“ handle.

Der Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros sagte, er sehe in der Frage der Sicherung des polnischen Luftraums keinen „deutlichen Positionskonflikt“ zwischen dem Präsidenten und Premierminister Donald Tusk. „Die gesamte Verteidigungsbereitschaft der europäischen Länder sei eine wirtschaftliche und industrielle Vorbereitung auf Verteidigungsoperationen“, sagte er. Er fügte hinzu, dass „es unmöglich sei, eine europäische Kuppel ohne Koordinierung und Detektionsfähigkeiten aufzubauen“. „Ohne Radarsysteme in Polen, dem östlichsten Gebiet der NATO-Ostflanke, sei es beispielsweise unmöglich, ein wirksames System aufzubauen“, stellte er fest.

„Was bei früheren Überlegungen zu einer möglichen Partnerschaft fehlte, war die Einbeziehung zweier hervorragender Radare, eines passiven und eines aktiven, die von der polnischen Industrie hergestellt werden und bereits in das Weichsel-System integriert sind“, sagte der Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros. Er fügte hinzu, dass damals die „industrielle Komponente“ fehlte, die die polnische Seite in ihrer Zusammenarbeit mit der britischen Seite beschlossen hatte, nämlich die CAMM-Systeme, einschließlich der erwogenen Möglichkeit, dass die CAMM-ER-Systeme auf polnischem Hoheitsgebiet und von der polnischen Industrie hergestellt werden.

„Polen verfügt über Kurzstrecken- und Kurzstreckensysteme wie *Pioruny*, die von der polnischen Industrie hergestellt werden und auch aus den Subventionen für die Rüstungsindustrie, die die einheimische Industrie beantragen kann, reinvestiert werden können“, fügte er hinzu.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30891279,donald-tusk-zwoluje-rzad-w-zwiazku-z-konfliktem-na-bliskim-wschodzie.html>

Israel hat uns gezeigt, wie man den polnischen Himmel verteidigt



Quelle: wyborcza.pl

Von **Stanislaw Koziej**

Um polnisches Territorium gegen einen Luftangriff aus dem Osten zu verteidigen, ist eine vorgeschobene, zugriffssichere NATO-Luftabwehr am Himmel der Ukraine erforderlich.

Der Autor ist General, Professor für Militärwissenschaften und war Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros (2010-15) sowie stellvertretender Minister für nationale Verteidigung (2005-06).

Die spektakuläre Abwehr eines iranischen Raketen- und Drohnenangriffs auf Israel zeigt, wie wirksam eine gut organisierte moderne Luftverteidigung, einschließlich Raketen- und Drohnenabwehr, sein kann. Dies bestätigt, wie strategisch eine solche Verteidigung für die Sicherheit eines Landes unter modernen Bedingungen sein kann. Und wie wichtig es ist, auch für unsere Armee weiterhin in diesen Entwicklungsschwerpunkt zu investieren.

Aber es ist vielleicht auch erwähnenswert, dass die meisten iranischen Raketen und Drohnen bereits bei strategischen Anflügen auf Israel abgeschossen wurden, und nicht nur über dessen Territorium, zur direkten Verteidigung der angegriffenen Ziele. Man sollte hinzufügen, dass dies in diesem Fall, wie wir hören, durch die westlichen Koalitionsstreitkräfte, die im Irak und in Syrien operieren und mit der israelischen Armee zusammenarbeiten, erheblich erleichtert wurde. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des Verteidigungssystems ist es jedoch eine der Grundvoraussetzungen für die Wirksamkeit der Luftverteidigung, potenzielle Angriffsziele zu antizipieren und nicht nur abzuwarten. Wann immer und wo immer sie so organisiert werden kann, sollte sie so organisiert werden.

Russische Raketen bedrohen Polen schon heute

Diese Beobachtung veranlasst uns, über die Organisation der Verteidigung unseres eigenen, polnischen und im weiteren Sinne verbündeten Luftraums nachzudenken, der praktisch durch den Krieg bedroht ist, der direkt hinter unserer Grenze in der Ukraine stattfindet. Massive russische Luftangriffe auf die Ukraine, auch direkt an unserer Grenze, erzwingen systematisch den kostspieligen Einsatz polnischer und verbündeter Luftverteidigungssysteme, einschließlich des Starts abrufbereiter Flugzeugpaare und ihrer Entsendung auf Patrouille. Wir erinnern uns auch an Zwischenfälle mit Raketen im polnischen Luftraum, und es ist damit zu rechnen, dass weitere folgen werden, die noch schwer wiegendere Folgen haben könnten als die bisherigen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass sowohl die Angriffe auf die Ukraine als auch die Provokationen aus der Luft den Russen dazu dienen, das polnische und das verbündete Luftabwehrsystem zu testen, die Ängste unserer Öffentlichkeit zu schüren und Zweifel an seiner Wirksamkeit zu wecken.

Luftverteidigung vorgeschoben gegen potenzielle und reale Bedrohungen aus der Luft (Flugzeuge, Raketen und Drohnen) ist im Kern die Organisation von so genannten Regionen, Gebieten, Anti-Access-Zonen, die in den letzten Jahren in der Diskussion um die Bedingungen und Modalitäten moderner Kriegsführung in einem raketen- und drohnengesättigten Kampfumfeld viel diskutiert wurden. Sie werden für Kriegszeiten geplant und organisiert und angesichts einer Bedrohung an den Zugängen zum eigenen Territorium (Kriegsschauplatz, Operationsgebiet) eingesetzt, um den Zugang des Gegners zu dort stationierten Kräften, wichtigen Einrichtungen, strategischen Ressourcen, großen Ballungsräumen usw. zu verhindern oder zumindest erheblich zu erschweren. Ich habe keinen Zweifel daran, dass diese Art von vorstehender, zugriffshemmender Luftverteidigung für Zeiten der Bedrohung und des Krieges auch in der NATO und damit in den polnischen Streitkräften vorgesehen ist.

Angesichts der realen Bedrohungen durch den Krieg in der Ukraine stellt sich jedoch die Frage, ob wir als NATO nicht praktisch diese Art von fortschrittlicher Luftabwehr vor der Grenze zur Ukraine als Teil einer verbündeten Krisenverteidigung einsetzen sollten, um auf die Bedrohung durch russische Raketen und Drohnen zu reagieren, die in der Nähe der NATO-Grenzen operieren. Dies ist insbesondere im Hinblick auf Dual-Purpose-Raketen gerechtfertigt, die sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengladungen tragen können. Das Risiko der Folgen eines versehentlichen oder absichtlichen Überflugs solcher Raketen über unser Hoheitsgebiet ist in der Tat enorm. Dies gilt umso mehr, als wir mit solchen Vorfällen bereits praktisch fertig geworden sind. Es ist besser, nicht auf den nächsten Vorfall zu warten und sie präventiv in der fortgeschrittenen Anti-Access-Zone zu eliminieren. Einen solchen Vorschlag habe ich fast seit Beginn des Krieges gemacht.

Natürlich müsste die Aktivierung einer solchen Zone im Einvernehmen mit der Ukraine erfolgen. Sie sollte Russland auch präventiv angekündigt werden, als Bekanntgabe der Entscheidung, die getroffen werden wird, wenn Russland nicht aufhört, seine gefährlichen Langstreckenraketen auf die Grenzen des Bündnisses zu richten.

Die NATO verfügt über die notwendigen militärischen Fähigkeiten, um eine solche Zone einzurichten: sowohl Erkennung, Verfolgung und Beschuss in Form von luft- und bodengestützten Raketenabwehrmitteln, mit der Reichweite, eine fortgeschrittene Zone mit Kräften zu organisieren, die von ihrem eigenen Hoheitsgebiet aus operieren, ohne sie auf ukrainischem Gebiet einzusetzen.

Wir sollen Putins Drohungen ignorieren

Die Einrichtung einer solchen Zone würde zweifellos den Schutz des NATO-Gebiets vor bedrohlichen russischen Raketen, die in der Nähe der Bündnisgrenzen operieren, verstärken. Die operative und strategische Zweckmäßigkeit einer solchen Entscheidung kollidiert jedoch mit der politischen Barriere, die im Sinne von: „Wir wollen Russland nicht verärgern, wir wollen Putin nicht provozieren, wir wollen ihm keinen Vorwand liefern...“.

Ich denke, Putins eskalierende Kriegspraxis in der Ukraine zeigt, dass solche Argumente längst hätten ad acta gelegt werden müssen. Putin braucht für seine Entscheidungen keine objektiven Gründe,

Provokationen, Vorwände oder sonst etwas von unserer Seite. Wenn es sein muss, kann er sie selbst erfinden ... und es der Welt kurzerhand mitteilen.

Wir sollten uns daher bei allen Entscheidungen, die unsere Sicherheit betreffen, von unseren eigenen strategischen Überlegungen, Bedürfnissen und operativen Fähigkeiten leiten lassen und nicht von Putins Überlegungen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,30887913,izrael-pokazal-nam-jak-bronic-polskiego-nieba.html>

Michalik: Politiker, deine Religion verbietet dir unterschiedliche Dinge, aber nicht mir. Lern das auswendig



Eliza Michalik

Quelle: natemat.pl

Ein Kommentar von **Eliza Michalik**

Die gestrige Abtreibungsdebatte hat gezeigt, dass Frauen in Polen Bürgerinnen zweiter Klasse sind - gedemütigt und entmündigt müssen sie sich von herablassenden Männern Ausreden über ihren Körper und ihre Physiologie anhören. Davon haben sie natürlich keine Ahnung, aber selbst dann, wenn sie es wüssten, würde es kaum einen Unterschied machen, denn unser Schwangerschaftsabbruch geht sie einfach nichts an. Denn das Einzige, was bei einer Abtreibung, die von Frauen vorgenommen wird, zählt, ist die Meinung der Frauen. Und von niemandem sonst. Weder die der Politiker noch der Priester noch der Moralisten noch der religiösen Fundamentalisten noch die Meinung des Papstes.

Politiker und Politikerinnen, die gegen Frauen sind, sollten sich ein für alle Mal zwei Wahrheiten zu eigen machen.

Die erste: Wenn du keine Abtreibung magst, mach es nicht

Die zweite: deine Religion verbietet dir unterschiedliche Dinge, aber nicht mir. Lern das auswendig.

Das Gute an jeder Abtreibungsdebatte ist, dass sie sofort zeigt, wer wo steht. Und wie man mit anderen Menschen umgeht.

Gegen Abtreibung gibt es keine anderen Argumente außer religiöse

Ist ein Referendum über die Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12.

Schwangerschaftswoche möglich, wie von Szymon Hołownia und Kosiniak-Kamysz vorgeschlagen? Auf den ersten Blick könnte man denken: Warum nicht? Die Argumente von Hołownia scheinen sinnvoll zu sein. Der Sejm besteht in der Tat mehrheitlich aus Männern, die konservativer sind als die polnische Gesellschaft, so dass man, anstatt ihn mit einer Entscheidung in dieser Angelegenheit zu betrauen, das Volk nach seiner Meinung fragen kann. Und vielleicht wird das letztendlich auch passieren.

Das sind jedoch Scheinargumente, denn sie lenken vom Kern des Problems ab, nämlich der Tatsache, dass Hołownia, Kosiniak-Kamysz und alle Politiker, die sich gegen Frauen aussprechen, deren Menschlichkeit nicht anerkennen. Es gibt keine anderen Argumente gegen die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs als die religiösen. Und doch bringen Politiker sie vor. Das ist ein Skandal. In Polen, wo die Säkularität des Staates in der Verfassung verankert ist, wagen es die wichtigsten Politiker, ihren weiblichen Wählern in die Augen zu schauen und zu sagen, dass sie kein Recht haben, selbst zu entscheiden, weil ihre Religion es so will.

Das, was IHRE Privatangelegenheit ist. Lassen Sie mich das noch einmal wiederholen, damit es wirkt: Die Religion, zu der man sich bekennt, ist die Privatsache eines jeden Politikers und kann kein Argument in einer öffentlichen Diskussion über die in Polen erlassenen Gesetze sein. Denn wenn die Religion das Recht beeinflusst und die Gesetze eines Landes beginnen, die Regeln des Glaubens widerzuspiegeln, haben wir es mit einer Scharia zu tun. Als Argumente in einer solchen Diskussion können die Wissenschaft, die moderne Medizin sowie soziale und rechtliche Argumente dienen. Das ist alles.

Wie wäre es, wenn Frauen Männern Viagra verbieten würden?

Kern der Ablehnung der Legalisierung von Abtreibung ist die Abneigung gegen die Unabhängigkeit der Frauen. Um dies zu erkennen, genügt es, die Situation umzudrehen und sich vorzustellen, dass ein Parlament, das mehrheitlich aus Frauen besteht, darüber debattiert, ob Viagra für Männer verboten werden soll, weil sie zu dumm sind und es „wie Bonbons einnehmen“ (was in vielen Fällen auch geschieht), und ob Prostataoperationen für sie verboten werden sollen, weil sie die Fruchtbarkeit beeinträchtigen.

Denn die Behandlung von Prostatakrebs erfolgt mit Medikamenten, die die Testosteronausschüttung blockieren und damit die Fruchtbarkeit beeinträchtigen. Undenkbar! Und was ist, wenn ein solcher Mann später keine Kinder mehr zeugen kann?

Es geht nicht um dieses oder jenes medizinische Verfahren (denn Abtreibung ist ein medizinisches Verfahren) - es geht um Menschenrechte für Frauen, darum, sie als Subjekte und nicht als Objekte zu behandeln, ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst zu entscheiden, entsprechend ihrer Vernunft, ihren Ansichten, Werten und Wünschen. So wie es freie erwachsene Männer tun. Und genau so, wie es Männer tun.

Schwangerschaft und Verhütung sind nicht nur eine Frage des Körpers, sondern auch der Lebenssituation von Frauen. Aus der Sozialforschung ist bekannt, dass Frauen, die Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung haben, mutiger in ihren Lebens- und Karriereentscheidungen sind - sie entscheiden sich zum Beispiel häufiger für eine Karriere, folgen ihren Träumen, haben weniger Angst vor einer Scheidung und entscheiden sich später für Kinder (wenn überhaupt).

Sie gestalten ihr Leben so, wie sie es für richtig halten. Und, oh Schreck, eben genauso, wie es Männer schon immer getan haben. Und das ist es, wovor die gewalttätigen „Verbieter“ und „Moralapostel“ wirklich Angst haben. Jeder von ihnen schert sich einen Dreck um Moral und ungeborene Kinder - wenn ich mich irre, sollen Hołownia und Kosiniak-Kamysz (oder Kaja Godek) ihre Gehaltsabrechnungen zeigen - welcher Prozentsatz ihres Einkommens geht an Mütter, die behinderte Kinder aufziehen? Oder hat einer von ihnen schon einmal einen kleinen Menschen aus einem Waisenhaus bei sich aufgenommen?

Nein, das tut keiner von ihnen, denn Kinder sind ihnen völlig egal - es geht ihnen nur um die Macht über Frauen. Sie ist es, die sie nicht loslassen wollen. Der Gedanke, dass die Frauen frei sein werden, erfüllt sie mit Schrecken. Aber genau das wird geschehen, und die Liste derer, die sich heute dagegen wehren, wird für immer eine Liste der Schande und des Verlustes an Menschlichkeit bleiben.

Für mich ist die Abtreibungsfrage eigentlich eine Frage, in welcher Art von Gesellschaft wir leben wollen. Ist es eine, in der jeder Mensch, unabhängig vom Geschlecht, selbst entscheidet, oder eine, in der wir anerkennen, dass eine Gruppe von Menschen aufgrund ihrer Religion anderen Menschen, die ihre Überzeugungen nicht teilen, ihren Willen aufzwingen kann. Einfach zu befehlen: Du musst das tun, weil ich es will, denn wenn du es nicht tust, kommst du ins Gefängnis. Das ist kompletter, bedrohlicher, unmenschlicher Unsinn.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/551573,michalik-polityku-twoja-religia-zabrania-roznych-rzeczy-tobie-nie-mnie>

Das Gespenst des Krieges schwebt über Europa



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Was vor nicht allzu langer Zeit noch wie ein böser Traum aus der Vergangenheit erschien, ist nun Realität. Der Kreml droht der NATO mit einer Invasion.

Auf den Feldern zwischen Geisa und Rastdorf beginnt der Raps zu blühen. In der Aprilwärme bewegt sich die Luft auf dem deutschen Lande kaum, alle zwanzig Minuten fährt ein Auto auf der Ortsstraße vorbei. Kaum zu glauben, dass hier vor 40 Jahren der Dritte Weltkrieg ausbrechen sollte.

Das westdeutsche Rastdorf und Geisa in der DDR waren durch eine hohe Mauer, Stacheldraht und Fallen für diejenigen, die dem Sozialismus entkommen wollten, getrennt. Die Mauer wurde von Soldaten in den Uniformen der Nationalen Volksarmee der DDR und gepanzerten Kavalleristen der US-Armee bewacht. Bundeswehrsoldaten durften das Gebiet nicht betreten. Der Eiserne Vorhang überquerte an dieser Stelle eine Stelle, die als Landenge von Fulda bekannt ist. Dies ist eine seit der Antike genutzte Route, die von Thüringen nach Mitteldeutschland führt. Während des Kalten Krieges war die Landenge von Fulda der kürzeste Weg von Ostdeutschland nach Frankfurt am Main mit seinem riesigen Flughafen, dem westdeutschen Finanzzentrum und einem wichtigen Logistikzentrum der NATO. Hätte der Warschauer Pakt nach den Plänen, die seit Ende der 1940er Jahre geschmiedet wurden, den Westen angegriffen, wäre der Hauptangriff über diese Route erfolgt.

Dies war dem NATO-Stab klar. Die Amerikaner hielten ein ganzes Panzerregiment in der Fuldalandenge. Die Soldaten kannten jeden Quadratmeter des Geländes, das sie verteidigen sollten, in den Straßen waren

spezielle Schächte angelegt, in denen im Falle eines drohenden Angriffs Atomminen verlegt werden sollten. Die Artilleristen übten den Einsatz von Nuklearmunition. Die Generäle des Warschauer Pakts gingen davon aus, dass Massenvernichtungswaffen von den ersten Minuten des dritten Weltkriegs an eingesetzt werden würden. Die NATO-Generäle waren bereit, symmetrisch zu reagieren. Die aus dem Osten heranrückenden Panzerkolonnen und Schützenpanzer sollten durch atomaren Beschuss gestoppt werden. Die in der Gegend lebenden Deutschen legten Giftvorräte an, die sie im Kriegsfall einsetzen wollten. Auf diese Weise wollten sie sich das Leiden an der Strahlenkrankheit ersparen.

Man muss sich auf Russland vorbereiten

Die heutige Fuldalandenge liegt 250 km nordöstlich von Warschau. Es handelt sich um die Landenge von Suwałki, einen 70 km langen Landstreifen, der Polen von Litauen und gleichzeitig das russische Gebiet Königsberg von Weißrussland trennt, das heute eine Quasi-Kolonie Russlands ist. Sollte sich Putin zu einem Krieg mit der Nato entschließen, ist zu erwarten, dass er im Baltikum und genau an dieser Stelle zuschlagen würde, um Litauen, Lettland und Estland von ihren Verbündeten abzuschneiden. Die Landenge von Suwałki würde von Polen und Litauern, Amerikanern und Deutschen verteidigt werden. Ich möchte mich nicht auf Spekulationen darüber einlassen, wie weit die Russen zu gehen bereit wären. Ich möchte nur eine Passage aus einer Antwort auf eine Frage zitieren, die ich kürzlich Ministerpräsident Donald Tusk gestellt habe und in der es darum ging, ob Russland in NATO-Gebiet einmarschieren würde: „Buchstäblich jedes Szenario ist möglich. Eine solche Situation haben wir seit 1945 nicht mehr erlebt.“

Der Konflikt mit Russland dauert nicht erst drei Jahre, seit Putin auf kriminelle Weise beschlossen hat, in die Ukraine einzumarschieren. Er dauert schon seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 an. Oder sollte man den Beginn auf das Jahr 2009 datieren, als Russland begann, mit Energie zu erpressen, indem es die Hälfte der europäischen Gashähne zudrehte? Oder ab 2007, als russische Hacker einen Cyberangriff auf Estland starteten? Schade, dass es den Politikern damals an Vorstellungskraft fehlte, dass sie nicht auf die Idee kamen, dass Putin, der in den Salons von Berlin, Paris, Prag und Budapest willkommen geheißen wurde, ein Kriegsverbrecher wie die sowjetischen Führer vor einem Jahrhundert werden könnte.

Die guten Zeiten sind vorbei. Man muss bereit sein. Nicht nur für einen Krieg, sondern auch für einen russischen Hybrid- oder Cyberangriff. Ein offener Konflikt mit Russland könnte sich um Energiequellen, in der Arktis oder im Weltraum abspielen.

„Gazeta Wyborcza“, die slowakische Tageszeitung „Sme“, das ungarische Portal 444.hu, die rumänische Press One und das investigative Portal Bellingcat haben mit Unterstützung der Europäischen Kommission das Konsortium „The Eastern Front Initiative“ gegründet. Wir haben beschlossen, uns intensiv mit diesem Thema zu befassen und Ihnen die wichtigsten Fragen zu unserer Sicherheit zu erläutern. Nicht um Ihnen Angst zu machen, sondern um Sie mit dem Wissen auszustatten, das Ihnen hilft, sich an eine Situation zu gewöhnen, die noch vor einem Jahrzehnt unvorstellbar schien.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/AkcjeSpecjalne/7,191950,30889155,nad-europa-zawislo-widmo-wojny.html#S.TD-K.C-B.2-L.1.duzy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [spiegel.de](https://www.spiegel.de)

„Wenn all die Worte, die hier in Brüssel in den letzten Jahren über die gemeinsame Verteidigung gesprochen wurden, in Kugeln und Raketenwerfer umgewandelt werden könnten, würde Europa die stärkste Macht der Welt werden. Und der sicherste Ort“

Donald Tusk

Quelle: <https://wiadomosci.wp.pl/gorzkie-slowa-tuska-o-brukseli-gdyby-slowa-zamienic-na-kule-7018152467393440a>

krone.at

Tusk: „Dann wäre die EU stärkste Macht der Welt“

<https://www.krone.at/3340874>

tagesschau.de

Festnahme in Polen. Flughafen für Selenskyj-Attentat ausgespäht?

<https://www.tagesschau.de/ausland/selenskyj-attentant-polen-geheimdienst-100.html>

euroactiv.de

Polnischer Präsident Duda trifft auf Donald Trump: Verwunderung in Warschau

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polnischer-praesident-duda-trifft-auf-donald-trump-verwunderung-in-warschau/>

faender-analysen.de

Die Rückkehr Polens auf die internationale Bühne. Außenpolitik und Thinktanks

<https://laender-analysen.de/polen-analysen/327/die-rueckkehr-polens-auf-die-internationale-buehne-aussenpolitik-und-thinktanks/>

spiegel.de

Polens Parlament will strenges Abtreibungsrecht der Vorgängerregierung abschwächen

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-parlament-spricht-sich-fuer-liberaleres-abtreibungsrecht-aus-a-3fb113ab-d608-4849-90d0-c3a45e4829ea>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik